

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis - 80 Goldmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Anzeigen der Baugewerkschaften kosten - 50 Goldmark
für die dreizehnpaltige Kleinzeile oder deren Raum
Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

Ausführungsverfuche des Moskauer Wiedervereinigungsbefehls.

Es ist allgemein bekannt, daß der auf den Moskauer
Zunfongressen ausgegebene Befehl: „Ginein in die Ge-
werkschaften!“ in der deutschen Volkswirtschaft auf starken
Widerstand stieß. Man stelle sich vor: In den letzten Jahren,
besonders nach Weimar (November 1923), wurden die Mit-
glieder der SPD, zur Eroberung, das heißt, Sprengung
der Gewerkschaften, kommandiert, die Sperrung der Ver-
träge empfohlen und die Bildung „revolutionärer Industrie-
verbände“ angeordnet; so mancher gesinnungslosige Schreier
hat sich dadurch ein Vorkommnis ergattert und wird
nun wie ein Hund von Moskau zurückgepfiffen. Das ging
über das Vermögensvermögen der von der SPD. anerkannten
Spezialisten in der Gewerkschaftspaltung, der Kaiser,
Schubmacher und Genossen. Ihre Opposition wurde vom
Vollzugsbureau der KPD, als reaktionär und mit „rabi-
kalen Phrasen umkleidet“ antivolkschweiches Vltentat“ und
„demagogisches Geschwätz“ bezeichnet. (Nebenbei: Das ist
der Kerngehalt in der SPD.; sie hat dadurch die Verwir-
rung der Besammlungsstätten und des Meinungsaus-
tausches am meisten verschuldet). Das Berliner Komitee Kartell
unterstützt die Revolte und erklärt die Aufrechterhaltung
der kommunistischen Sonderorganisation für notwen-
dig. Schon vorher erklärten die selbständigen Verbände am
17. August, daß sie der Auslegung, „als ob die Beschlüsse
der KPD, die Unterwerfung der selbständigen Organisa-
tionen und Aufgabe ihres Programms bedeute, mit aller
Schärfe entgegenzutreten“. Und auch auf dem zweiten
„Reichs“-kongress des „Verbandes der Ausgerissenen“ er-
klärte ein Vertreter des kommunistischen Reichsarbeitsaus-
schusses: „Niemand denke daran, nun die selbständigen Ver-
bände zu liquidieren.“ Daß die Fraktions- und Zellenarbeit
nicht vermindert, sondern eher noch verstärkt betrieben wer-
den soll, haben wir an Auszügen aus Neben und Schriften
führender Volkswissenschaften auf dem Bundesstage nachgewiesen.
Dazu kommt die erhöhte Tätigkeit der Noten Kartelle und
vom 1. Oktober an die Herausgabe von Kampffundamenten
zur Finanzierung der Betriebsarbeit. Wenn es noch
eines weiteren Beweises bedarf für die Unschicklichkeit der
Moskauer „Einheitsfront“-Kartelle, so bietet ihn Nr. 13
des „Bauarbeiter“. In einer Verpöschung unseres Bundes-
tages und der geschaffenen Sicherungen in der Sehung
gegen die kommunistischen Bestreben schreibt das Kartell
der Ausgerissenen: „Daraus ergibt sich ganz zwangsläufig,
daß die revolutionären Kräfte der Bauarbeiter- und syste-
matischer ihren Kampf zu führen.“ „Denn erzeugt Gegen-
stand, diesen Gegenstand werden unsere Vereinsvor-
stände hoffentlich recht kräftig und nachdrücklich dort einsehen,
wo es notwendig ist. Aber soll dies Verhalten der Volksw-
keiten nun die Atmosphäre des Vertrauens herbeiführen,
die für eine Wiedervereinigung unerlässlich ist? Nein,
denn bei diesen Beuten ist von christlichem Wollen keine Spur
vorhanden!“

In der militärisch aufgezogenen SPD, gibt es unge-
heuerliche Insubordinationen. Kaiser, der das „große Ver-
dienst“ hat, unsere Berliner Baugewerkschaft gehalten zu
haben, wurde nun als disziplinloser Geselle von seiner
Partei auf ein Jahr ausgeschlossen. Als Begründung des
Ausschlusses zählt die SPD. 11 Punkte auf. Es wird ihm
vorgeworfen, daß er „neutral“ sein wollte, daß er Partei-
und Fraktionsbeschlüsse an Nichtkommunisten übermittelte
usw. In den ersten drei Punkten, die vom „Reichs“-kongress
der Ausgerissenen als berechtigt anerkannt wurden, wird
gefaßt:

1. Kaiser hat durch Zurückhalten von Verbandsgeldern,
die dem Hauptvorstand des Verbandes der ausgeschlossenen
Bauarbeiter gehörten, die Lohn- und Streikbewegun-
gen der Bauarbeiter in Königsberg, Leipzig und andern
Orten Deutschlands geschädigt.

2. Kaiser hat dafür gewirkt, daß Streikbrecher, die
aus seiner Organisation durch Schiedsgerichtsurteil aus-
geschlossen waren, von dem Vorstand des Zweigvereins
Berlin wieder in den Verband der ausgeschlossenen Bau-
arbeiter aufgenommen wurden.

3. Er tat alles, um die Mitarbeit solcher Kollegen,
die Parteigewinnstreben beackerten, zu verhindern, was jedoch
bereits, sich jederzeit mit Parteifeinden, mit Schindlaffen
und Anarchisten, zu kartellieren.

Die Getreuen Kaisers, Vorstands- und Fraktions-
mitglieder der Berliner Ausgerissenen-Filiale, wehren sich
in einem Flugblatt gegen ihre Zentrale (Nachmann) und
gegen die Partei. Die Auschlussproklamation sei „eine ehr-
lose Verteilung und bewußte Lüge“ und „solange die
Geschichte der Arbeiterbewegung existiert, ist noch nie ein
derartiges Vorgehen eines Zentralvorstandes möglich ge-
wesen“. Ohne Mißsprache mit dem Vereinsvorstand, ohne
jegliche Unterlage ging Kollege Nachmann zur Partei, ver-
sprachste den größten Schwindel, und die Parteileitung fiel
darauf rein, nur weil es Kollege Nachmann als Person

sagte. Warum tut Nachmann dies? Darum, weil er den
Verein Berlin zerlegen und im übrigen Reich herab-
würdigend will.“ Eine nette Palastrevolution. Sie half
Kaiser nichts, erreichte aber, daß nun auch gegen Nachmann
ein Schiedsverfahren beantragt und von der Parteileitung
Berlin-Brandenburg bei der Zentrale veranlaßt wurde. (Note
Fahne vom 9. September 1924.) Nun steht hier überall
hinausgeworfene Flugblätter von Wiedervereinigung und
stellt hierzu gar Bedingungen auf. Kaiser schreibt, im
Ausgerissenen-Verband „herzst“ besonders
g r o ß e B e r u h i g u n g, und um den Verfall des kommu-
nistischen Verbändens aufzuhalten, müßten sämtliche aus-
geschlossene Kollegen die alte Mitgliedschaft und die im
Ausgerissenenverband geliebten Beitragsmarken anerkannt
erhalten, die Vereinsleitung müßte auf demokratischer
Grundlage neu gewählt (Volkswirtschaft und Demokratiel
Werk be nicht), das Mitgliedschaftsrecht der Mitglieder
(System Kaiser: Jedes Mitglied macht, was es will) ge-
währleistet, die Umfassung und der Aufbau der Organi-
sation auf den Betrieb, „ein Betrieb - ein Verband“ ein-
gestellt und der Kampf gegen das Schiedsdingen-
achten und zur Milderung des Achtstundenbegriffs“ sofort
aufgenommen werden. So ähnlich lauten die Bedingungen,
die die Gemüthler Filiale in einem Offenen Brief an
unseren dortigen Baugewerkschaft vor einigen Wochen richtete.
Die Gemüthler formulierten ihre erste Bedingung so: „Ge-
schlossene Aufnahme des gesamten Bezirksvereins ohne
Unterschied der Person.“ Dabei strotzen die Flugblätter mit
den Niederlegungsverboten von neuen Verleumdungen und
Beschimpfungen. Kampf gegen das Schiedsdingen-
achten siehe die allmählich beginnende Wirtschaftsgewinnung
zerstören. Allerdings baut sich die ganze SPD. auf
einen Daueraufstand von Not und Elend auf. Die Maß-
nahme zur Milderung des Achtstundenbegriffs ist sehr an-
gebracht bei den Arbeitkolonnen des Ausgerissenenverbandes.
Wie sich diese Leute die Wiedervereinigung vorstellen, dafür
bietet ein Besammlungsbeschluss der SPD. in der Sache einen
Beweis. Am 11. September wurde dort über die Wiederver-
einigung beraten und beschlossen, daß „unverzüglich und
Energie, insbesondere unter den Mitgliedern des Orts-
vereins der SPD. für Durchführung der Beschlüsse der
KPD. zu wirken ist.“ Warum denn unter der SPD. und
KPD. zu wirken ist? Die freien Ge-
werkschaften sollen wohl zu den kommunistischen Ver-
bänden überreten? Ein ausgeprägter Bauarbeiter
Karte, mit Paepow für seine Gewerkschaftslosigkeit zu
schaffen, und ein Unionist meinte, es heiße ja nicht: „Hin-
schaffen und in die freien Gewerkschaften!“ Die Union ist doch
auch eine Gewerkschaft.“ Grabow entgegen. Ausgerechnet
Grabow spricht für Wiedervereinigung, das Mitglied des
ehemaligen Zwangsvereins; dieser Grabow, der, nachdem un-
sere Baugewerkschaften in der Ortsausgabe des KPD. in
Salle unter seiner hervorragenden Mitwirkung zerfallen
war, zum Lohn für treueste Dienste von der SPD.
zum Leiter der Moskauer Gewerkschaftsleitung in Halle
berufen wurde. Solche ausgewählte Spaltpläne haben
das Recht zu haben. Sie müssen sich gesagt sein lassen: Die
Z e i t d e r Z e l l e n b a u e r e i i s t b e r e i. Der Bundes-
tag hat klar gesprochen: Wer Mitglied des Deutschen Bau-
gewerksbundes werden will und die Bundesführung und
Bundesbeschlüsse für sein Wirken anerkennt, der ist uns
stets willkommen. Wer dies nicht will oder darf, vielmehr
nach den Geboten und Parolen seiner Partei zu arbeiten
bestrebt und verpflichtet ist, der mag draußen bleiben. Nicht
aus Gewohnheit, aus ehrliehen Kampfgewissen soll und muß
unsere Gemeinshaft bestehen, wenn sie Kraft haben soll,
sich gegen ihre natürlichen Feinde durchzusetzen.

Wirtschaft, Weltmarkt und Lohn.

Die Vertreter der deutschen Wirtschaft behaupten,
daß die deutsche Wirtschaft nur wieder in Gang kommen
kann, wenn wir den Auslandsmarkt zurückgewinnen.
Verschiedene Volkswirtschaftler sagen, erst muß die Lan-
desbilanz wieder aktiv sein, bevor wieder nach Krieges-
begreifen gewirtschaftet werden kann. (Aktive Handels-
bilanz heißt, es müssen mehr Waren aus Deutschland aus-
geführt als vom Auslande nach Deutschland eingeführt
werden.) Beide behaupten, das zu erreichen sei nur mög-
lich, wenn in Deutschland länger als 8 Stunden gearbeitet
und der Lohn herabgesetzt werde.

Die Arbeiter- und Bauarbeiter-Partei hat ein dringendes Interesse an der
Wiedervereinigung des Auslandsmarktes und an einer
aktiven Handelsbilanz. Aus ganz natürlichen Gründen.
Nur bei vollster Tätigkeit der Wirtschaft, wenn auf dem
Arbeitsmarkt die Nachfrage nach Arbeitern das Angebot
übersteigt, wird die Arbeiter- und Bauarbeiter-Partei voll zur
 Geltung bringen können. Daher ist sie für einen Wirt-
schaftsaufbau zu haben. Allerdings nicht auf Kosten des

Arbeitlers, das heißt bei niedrigem Lohn und gegenüber
der Vorkriegszeit unerschwinglich hohen Preisen für
Inlandsprodukte.

Geloh, die deutsche Wirtschaft muß, um gesunden zu
können, Waren ausführen. Aber um die Exportfähigkeit
der deutschen Wirtschaft wieder zu ermöglichen, muß der
Inlandsmarkt gestärkt werden. Die Waren müssen ver-
billigt werden. Das geschieht nur durch höhere Nationali-
sierung der Wirtschaft. Das ist, sämtliche technischen und
wissenschaftlichen Erzeugnisse in Betriebe umzuwandeln,
alles Veraltete auszuscheiden, die Betriebe also auf die tech-
nisch höchste Stufe bringen. Die Wirtschaftspolitik wie
auch die Baubetriebe sind überreich an Beispielen dafür,
wie unrichtig die Forderungen der Zeit vielfach aufgefaßt
werden. Vor dem Kriege war Deutschland das reichste
am weitesten entwickelte Land. Heute ist Deutschland
gegenüber Amerika verhältnismäßig um ungefähr 30 Jahre
zurück. Der Verkauf der Betriebe muß aufhalten. Die
unwirtschaftliche Methode der Produktion muß aufhören.
Dadurch an einer Stelle freiwerdende Kräfte müssen
an einer andern Stelle in die Produktion eingereicht
werden. „Keine Hand darf feiern!“ (Matthaus). Nur
durch eine vollkommenere Organisation der Gesamtarbeit
werden wir auch eine vollkommene Verteilung der Güter
erzielen. Der Auskauf der von bereitigen Betriebs-
umstellungen betroffenen Arbeiter wird am richtigsten im
Zusammenwirken mit den Gewerkschaften durchzuführen
sein, die damit eine ihrer künftigen Aufgaben erfüllen.
Die Tradition in den Betriebsmethoden hat heute wohl
nur wenig Berechtigung. Die neue Zeit verlangt Um-
stellung auf die Erfordernisse der heutigen Produktions-
bedingungen. Die Fäugung einer wirtschaftlichen Wille
zur Zeit der Inflation, die in Wirklichkeit nur eine Schein-
blüte war, muß überwunden werden. Der Traum wirt-
schaftlichen Aufschwunges in dieser Zeit ist ausgeträumt.

Wir müssen mit den gegebenen Tatsachen rechnen.
Verschweigen oder verwässern der tatsächlichen Verhält-
nisse wirkt schwer schädigend. In Zeiten heftigster Aus-
einandersetzungen zwischen den Mächten der Wirtschaft,
bei Wirtschaftskämpfen, hilft keine Einstellung auf Moral
und Ethik. Die harten wirtschaftlichen Tatsachen melden
sich an und verlangen ihre Rechte. Das gilt für beide Teile,
für Arbeiter und Unternehmer. Höhere Produktivität
zur Erreichung dieses Ziels sind bei beiden erforderlich. —
Die Unternehmer wollen eine erhöhte Produktivität be-
nutzen, um, ohne persönliche Opfer zu bringen, den Absatz
und das Absatzgebiet zu erweitern, die Arbeiter- und Bau-
arbeiter-Partei will mit erhöhter Leistungsfähigkeit der Betriebe erreichen,
daß dieser größeren Leistung entsprechend auch der recht-
mäßige Lohn gezahlt wird, daß aber auch die Arbeits-
bedingungen, Arbeitszeit und Arbeitsweise, der höheren
Zielerreichung des arbeitenden Menschen angepaßt
werden. Das Unternehmensziel will aber den niedrigen
Lohn beibehalten und die Arbeitskraft rücksichtslos und
restlos ausnützen. Man beachte die Ausrichtungen in den
Betrieben, wo in der Nachkriegszeit Arbeit- und Prämien-
arbeit „vereinbart“ wurde. Die gezahlten Preise ent-
sprechen nirgends den Vorkriegspreisen, ja sind viel-
fach noch unter den Vorkriegsnominalpreisen. Nun ist
folgendes zu beachten. Soll eine erhöhte Produktivität
der Arbeit dem Unternehmer eine größere Absatzbasis
schaffen, soll der Absatz auf Kosten höherer Produktivität
erweitert werden, dann kann das nur geschehen, wenn der
Arbeitslohn den tatsächlichen Lebensbedingungen ent-
sprechend erhöht wird, also zunächst mindestens dem
Reallohn der Vorkriegszeit entspricht, zur Kräftigung
der Kaufkraft der deutschen Arbeiter- und Bauarbeiter-Partei.

Durch erhöhte Produktivität verringern sich die Be-
triebskosten. Diese Verringerung darf nicht dem Profit
zugelassen werden, sondern muß sich in der Entlohnung
der Arbeiter auswirken. Fest steht, daß keine noch so gut
durchgeführte Nationalisierung der deutschen Produktion
die deutsche Wirtschaft wieder zur Ausfuhr befähigt macht,
wenn nicht zugleich die Kaufkraft des inneren Marktes
gehoben wird. Das ist eine wesentliche Voraussetzung zur
Verminderung des Inflationsspektes; denn erhöhte Arbeits-
freudigkeit wird nur eintreten, wenn ein menschen-
würdiges Leben gesichert ist. Das gilt für die Schwer-
industrie als auch für die Fertigungsindustrie. Für die Fertig-
industrie, überhaupt die verarbeitende Industrie ganz be-
sonders. Die Schwerindustrie kann vielleicht durch Düm-
ping, beruhend auf dem niedrigen Lohn und langer Ar-
beitszeit in Deutschland, am Weltmarkt konkurrenzfähig
sein. Aber die übrige Industrie, die doch besonders auf
den Inlands- und Weltmarkt angewiesen ist, darf den
heimischen Markt nicht schwächen durch Verringerung der
Kaufkraft der deutschen Arbeiter (insoweit niedrigeren
Lohnes). Sie wird sich auf dem Weltmarkt nur konkurrenzfähig
erweisen, wenn sie auch den Inlandsmarkt
aufnahmefähig gemacht hat. Man darf auf das amerikani-
sche Beispiel verweisen. Die amerikanische Wirtschaft
wurde in der Zeit schwerster Bedrängnis, infolge getrigger
Exportmöglichkeit, nur aufrechterhalten und sogar zur
höchsten Blüte gebracht durch Erhöhung der Kaufkraft auf

dem Inlandsmarkt. Der amerikanische Arbeiter wurde durch angemessenen Lohn konjunkturfröhlich gemacht und trug damit zur Wiederbelebung der amerikanischen Industrie bei. Die amerikanische Wirtschaft ist durch diese Maßnahmen vor schweren Erschütterungen bewahrt geblieben. Sie hat sich für den Zeitpunkt rufen können, wo ihr der Weltmarkt wieder Wahrscheinlichkeiten bietet. Dieses Beispiel aus der jüngsten Zeit muß auf die deutsche Industrie wirken. Die deutschen Wirtschaften sollten heraus lernen, was weitestgehende Wirtschaftsführung ist, und sich endlich freimachen von dem Gedanken, daß nur sie allein das Wirtschaftslieben bestimmen. Produzenten ohne Konsumenten sind eine unmögliche Erscheinung. Der deutsche Markt aber ist aufnahmefähig für alle Produkte, die zur Lebenshaltung gehören. Aber die Masse der Bevölkerung kann nur konjunkturfröhlich gemacht werden durch entsprechende Gestaltung des Einkommens. Die bessere Entlohnung des Arbeiters usw. kommt doch letzten Endes der Wirtschaft wieder zugute. Der scheinbare Mindererwerb der Unternehmer wird aufgehoben durch höheren Umsatz, so daß am Ende aller Rechenaufwand dem Unternehmer wieder zuzieht.

So stehen Ausfuhrmöglichkeiten, Konkurrenz auf dem Weltmarkt einerseits und Aufnahmefähigkeit, Konsumkraft des deutschen Inlandsmarktes durch Besserung des Einkommens der konjunkturfröhlichen Volksteile andererseits in gewisser Wechselbeziehung. Kann die deutsche Industrie den deutschen Markt nicht mit preiswerten Gegenständen versorgen, infolge Kurzsichtigkeit oder verfehlter Wirtschaftspolitik, dann wird das Ausland seine Erzeugnisse auf den deutschen Markt bringen. Auf die Durchführung irgendwelcher Schutzmaßnahmen nach Wiedererlangung unserer Wirtschaftsfreiheit im Januar 1925, braucht die Industrie nicht zu hoffen. Alle Kreise der deutschen Verbraucherschaft werden sich mit Erfolg dagegen wenden. Ist es der deutschen Wirtschaft (Handel, Industrie und Landwirtschaft) aber ernstlich um die Wiedererlangung des deutschen Wirtschaftsliebens zu tun, dann wird sie sich den deutschen Markt nicht vom Ausland freistig machen lassen. Sie hat es jetzt in der Hand, sich den gegebenen Tatsachen nicht zu verschließen. Tut sie es dennoch, darf sie sich über den Mißerfolg ihres Treibens nicht beschweren.

Unter voller Würdigung der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der letzten zehn Jahre für das gesamte deutsche Wirtschaftslieben muß und wird es der deutschen Wirtschaft bei einem guten Willen möglich sein, sich nicht nur zu behaupten, sondern auch durchzusetzen im Kampfe um den Markt. Die deutsche Arbeiterchaft ist in diesem Kampfe nicht uninteressiert und wird mitwirken am Aufbau. Der Aufbau wird kommen; je vernünftiger das Vorgehen der Unternehmer dabei ist, um so besser. Auch sie müssen materiell ihren verhältnismäßigen Anteil dazu beitragen, wie es der deutsche Arbeiter bereits über seine Kräfte getan hat. Möge jeder für das deutsche Wirtschaftslieben Verantwortliche eingedenk sein, daß die menschliche Arbeitskraft das wichtigste, höchste volkswirtschaftliche Gut ist. Wer damit Raubbau treibt, veründigt sich nicht nur an der deutschen Volkswirtschaft, sondern am deutschen Volke überhaupt.

Erfolgreiches Wirken auf dem Weltmarkt wird der deutschen Industrie nur möglich sein durch höhere Nationalisierung ihrer Unternehmungen. Sierdurch verringern sich die Betriebskosten, wodurch aber auch der Preis nach unten revidiert werden kann. Die notwendigen Lohnzahlungen in Höhe des Vorkriegsreallohnes werden ausgeglichen durch die größere Konjunkturfröhlichkeit der breiten Volksschichten. Dadurch wird eine umfangreiche Nachfrage nach notwendigen, schon lange entbehrten Waren einleiten. In vergrößertem Umfang können die Industrien arbeiten. Durch Massenproduktion wird der Weltmarktes geholt und der Wettbewerb auf dem Weltmarkt vor sich. Die Wirtschaft ist so in Tätigkeit gekommen. Die Freiheit Deutschlands, wieder Handelsverträge abzuschließen, steht der zur. Die Wirtschaftsförderung werden nur auf Gegenseitigkeit beruhen. Der Weg ist frei. Deutschland muß sich aber die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu eigen machen. Der Wirtschaftskrieg wird nicht geführt, wenn die Unternehmer sich von höherer Überlegung leiten lassen. Andernfalls muß der Wirtschaftskrieg entschieden. Die härteren Bataillone werden den Kampf gewinnen. Ist dasselbe Ziel ohne Kampf erreichbar, dann um so besser. Aber keinesfalls läßt sich die Arbeiterchaft mit ihren Gewerkschaften bei diesem Neugehalten der Wirtschaft nur als Objekt behandeln. Sie ist sich ihrer Stellung und Aufgabe in diesem Dingen der einzelnen Volkswirtschaften um den Weltmarkt bewußt und wird über die Grenzen des einzelnen Landes hinaus, ihr Recht als wichtigster Faktor im Wirtschaftslieben geltend zu machen wissen.

Vorkriegende Zeiten waren bereits geschrieben, als nachstehende Bemerkungen des Geschäftsführers des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Böhler, bekannt wurden, die er am 10. September in Düsseldorf machte, anlässlich einer Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen sowie der Nordwestgruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Geheimrat Böhler sagte über die Londoner Beschlüsse unter anderem:

„Ein Volk, das vor dem Kriege 1 1/2 Milliarden mehr für Meer und Marine ausgegeben hat als heute und dessen Eisenbahnen vor dem Kriege einen Lebensschutz von einer Milliarde hatten, wird theoretisch wohl in der Lage sein, 2 1/2 Milliarden für Reparationen aufzubringen. Die großen praktischen Schwierigkeiten aber werden sich aus der Frage ergeben... ob die zur Durchführung der Leistungen notwendige Ausfuhr wird bewerkstelligt werden können. Willest du werden die Gläubigerstaaten durch eine Regelung der internen und gegenseitigen Schulden ihre Aufnahmefähigkeit für die deutschen Waren steigern. Durch die Gewährung einer Anlaufzeit (Dawes-Gutachten) ist uns aber jedenfalls für die nächsten Jahre die Möglichkeit gegeben, innerlich zu erlärten.“

Zweites ist dringend notwendig: „Eine Stärkung der Konsumkraft und der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft sowie Besserung des Verhältnisses zwischen

Unternehmern und Arbeitern. Der Lohn muß auf die Leistung eingestellt und dem Arbeiter muß ein Einkommen bewilligt werden, das auch ihm eine gewisse Konsumkraft verleiht. Die Arbeiterfrage wird im nächsten Winter einer neuen Prüfung unterzogen werden müssen. Gelohnt es uns nicht, zwischen Unternehmern und Arbeitern die Einheit zur Erhaltung unserer Volkswirtschaft herzustellen, so werden wir zu Kämpfen kommen, bei denen vielleicht die ganze Struktur des Deutschen Reiches und der deutschen Volkswirtschaft vernichtet werden wird. Dieser Gefahr gilt es rechtzeitig zu begegnen.“

Aus diesen Überlegungen erkennen wir den von uns einzuschlagenden Weg. Stellen wir uns darauf ein durch Stärkung und Kräftigung unserer Waffe für diesen Kampf, stärken wir unsere Organisation, dann wird die „Arbeiterfrage“ nicht gegen uns entschieden werden.

Ugo Scheibel.

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Im Streit oder ausgeipert sind die Kollegen in Angerburg (Hrma Baltowits), Wschaffenburg, Insel Baitrum, Gelau, Gelsenbau, Gerschwad (Bauhilfe Regentin), Kelsheim, Königswald, Magdeburg, Pilsenerische (Eich), Pöschkau i. Schl., Wilkallen, Wöfel (Kalkstein), Siegen, Vetschau, Wernigerode, Westerland a. Suhl, Womditz, Jitau (Steinleher).

Gipser und Sanktature: Streit in Heilbronn.

Töpfer: Ausgeipert sind aus Anlaß des Streits in Oos die Ofenformer im Freistaat Baden. Im Streit stehen die Ofenseher und Former in Dresslau. Geipert ist Wanzlau sowie die Ofenfabrik in Angerburg.

Bauarbeiter, Augen auf!

Was sich das Unternehmertum heute ungestraft herausnehmen kann, wo die Arbeiterchaft in ihrer parteipolitischen Zerissenheit gewerkschaftlich uneinig ist, das zeigt folgende „Bekanntmachung“, die in dem Betriebe Regenshütte bei Zwiesel im Bayerischen Wald am 6. September angeschlagen wurde:

Betrieb Regenshütte.

Bekanntmachung.

Wegen des angeblich nicht bezahlten Tarifs haben sich nichtberechtigte Inanspruchnahmen unter den Arbeitern eingestellt; es ist doch jedem Arbeiter erklärt worden, wenn er den gebotenen Stundenlohn von 41 s arbeiten will, könne er anfangen. Nichtsdestoweniger wird jetzt ohne Grund der Tariflohn verlangt; eine Rücksprache mit der verehrlichen Direktion in Regenshütte ergab aber wieder, daß die Firma infolge der schlechten Geschäftsverhältnisse nicht mehr zahlen kann. Ich wiederhole nochmals, daß sich jeder, dem nun die Entlohnung nicht genügt, sich seine Papiere, vom Berichtsfahrer eingeschaltet, in der Kanzlei in Zwiesel holen kann. Ich sehe nicht ein, warum sich 80 % einjähriger Arbeiter von unvernünftigen Elementen um die Arbeitsgelegenheit bringen lassen sollen; man muß doch froh sein, wenn in der Zukunft schwereren Zeit Firmen überhaupt noch bauen lassen. Josef Drejsch, Baugeschäft, Zwiesel i. Bayer. Wald.

Dieser Anschlag zeugt von einer an 80 % heranreichenden Rücksichtslosigkeit der Arbeiter, an die er sich wendet, und von einer 100 % betragenden Frechheit des Unternehmers. Seit Jahren hat die Firma immer wieder versucht, sich um die Zahlung der Tariflöhne zu drücken. Aber unsere Baugeschäft hat sie stets zu zwingen vermocht, die tariflichen Abmachungen einzuhalten. Jetzt ist dieses infolge der Kapitalkürzung der dortigen Bauarbeiter leider nicht mehr möglich. Diese Firma zahlt weder den Tariflohn noch wird die 48-Stunden-Woche bei ihr eingehalten. In ihrem Kapitalkrisis hat sich die Arbeiterchaft dort zu Höherem aufgeschrien. Das Maulheldentum steht nicht an, als eine Errungenschaft in die Welt hinauszuposaunen, daß bei der Firma um 9 s unter dem tariflichen Stundenlohn und in der Woche 54, 57 und, weil es gleich ist, 60 Stunden gearbeitet wird. Wie diese „Zufriedenen“ sich ausdrücken „bedienen sie mehr“ als die Kollegen, die den tariflichen Lohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen einhalten.

Daß tariftreue Firmen infolge der Schmutzkonkurrenz dieses Unternehmers verdrängt werden können, ebenso zu erfahren, das kommt diesen Kapitalkrisen anscheinend nicht in den Sinn, sonst würden sie sich für täglich 1 Liter Bier nicht stündlich um 9 s ansammieren lassen. Den Bauarbeitern Zwiesels und Umgebung rufen wir zu: Wenet Euch ab von diesen Maulhelden und Handlangern des Unternehmers! Galtet zu Eurer Organisation, dem Deutschen Baugewerksbund, wie in den letzten Jahren, dann habt ihr die Macht, den Unternehmer sowie auch die Auftraggeber zu zwingen, die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten.

H. F.

25 Jahre Bauhilfsarbeiterorganisation in Köln.

Im September 1899 fand sich in Köln ein Dutzend Kollegen wieder einmal unter Führung des Kollegen Franz Nuttenberg, Bremen, zusammen, um eine Zehnstelle des Bauhilfsarbeiterverbandes zu gründen. Zweimal vorher war dieser Versuch gescheitert, weil es den heiligen Kollegen an der erforderlichen Anteilnahme fehlte. Deimal ist gültlich, sagen damals die alten Kollegen. Wenn ich zurückdenke an den Idealismus, den die kleine Schar waderer Kollegen unserer Sache entgegenbrachte, so möchte ich wünschen, gewisse Anwandlungen und Schreier möhten heute nur den zehnten Teil davon aufbringen. Dann finde es um die deutsche Arbeiterbewegung ein gutes Teil besser.

Wie war es damals? Versammlungen und Sitzungen konnten meistens erst abends um 9 Uhr beginnen, manchmal wurde es 1/2 Uhr, bis es Lösung. Sie dauerten bis nach Mitternacht, und oft kam man nach 1 Uhr nach Hause. Dabei begann morgens 6 Uhr schon

wieder die Arbeit. Sie dauerte bis 7 oder 8 Uhr abends. Der Unternehmer ließ je kange arbeiten, wie es ihm beliebte. Die Arbeiter hatten dabei nichts misgunde; denn der Unternehmer war „Serr im Hause“. Von einer Vergütung für Sitzungen und andere für den Zeitraum geleistete Arbeiten konnte damals noch keine Rede sein. Im Jahre 1890 zahlten wir 15 s Wochenbeitrag. Wir waren Hauskassierer, natürlich ohne Prognose. Was wir dabei monatlich erlebt haben, darüber schweigt des Sängers Gäßlichkeit.

Ins Allen wird hin und wieder vorgeworfen, wir hätten den Boden des Klassenkampfes verlassen. Das ist Unsinn! Solange es Klassen gegeben hat, hat es auch Klassenkämpfe gegeben, und solange es Klassen gibt, wird auch der Klassenkampf nicht aufhören. Erinnert sei nur an die Kämpfe, die wir in Köln in den letzten 25 Jahren geführt haben. Das waren Klassenkämpfe, Kämpfe der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter. Im Jahre 1902 beschloßen die Maurer den Streik. Unter Leiter zu früh verstorbenen Kollege Bömelburg und auch unter alter Kollege Gustaf Behring waren damals hier in Köln amende. Im heiligen Köln, im deutschen Rom, hatten die Bauunternehmer eine Lohnbewegung der Bauarbeiter nicht für möglich gehalten. Schrieb doch damals der „Stolz-Nur“, ein Blätter der „Kölnischen Zeitung“, nicht nur, die Maurer, sondern auch die Bauarbeiter wollten in eine Lohnbewegung eintreten.“ Bei den sogenannten Sondalangen hielt man so etwas überhaupt nicht für möglich. Die Maurer waren damals noch sehr schlecht organisiert, die Hilfsarbeiter noch schlechter; die Unternehmer waren gar nicht organisiert. Nun ja, die hatten es ja damals nicht nötig, waren doch die Maurer und Hilfsarbeiter immer brav und recht billig gewesen. Jetzt kam es aber anders. Im Jahre 1903 streikten die Verputzer 16 (sechzehn) Wochen; sie verlangten Abschaffung der Affordarbeit. Nach den 16 Wochen sperrten die Unternehmer Maurer und Bauhilfsarbeiter aus. Die Unternehmer hatten schon etwas gelernt, aber erreicht haben sie nichts. Sie mußten eine nennenswerte Lohnerhöhung bewilligen, und wir erhielten den ersten Ortsvertrag. Wenn auch die Verputzer die Affordarbeit nicht abschaffen konnten, so beteiligten sie doch das Schwimmbühnenmitglied und führten das Kolonnenystem ein. 1904 streikten auch die Geun- und Mauerarbeiter 8 Wochen. Schwere Opfer hat der Streik gekostet. Viele Monate Gefängnis wurden über unsere Kollegen verhängt wegen Verleitung oder Mißhandlung jener nichtigen Elemente. Denn wer damals einen Streikbrecher auch nur schief ansah, der machte mit dem Staatsanwalt Bekanntschaft. Kollege Albert Diepold wurde in diesem Streik erschossen (Könner Straße). In den ganzen 25 Jahren war es ein Ringen und Kämpfen der Bauarbeiter um die Verbesserung ihrer Lage. Wenn jemand sagt, vor dem Kriege sei der Kampfcharakter der Gewerkschaften anders gewesen als heute, so ist darauf zu verweisen, daß während des Krieges und auch nachher fortgesetzt Lohnbewegungen und Kämpfe die Gewerkschaften in die Welt führten. Die lebenswichtige Auslieferung in Rheinland und Westfalen ist ja kaum vorüber. Die Niederst vor dem verlorenen Kampfcharakter begnügt eben nur, den Deutschen Baugewerksbund zu schädigen und seine Erfolge zu vertilgen.

Wie oft sind in diesen 25 Jahren in Versammlungen und Sitzungen die Meinungen aufeinandergeprallt. Waren die Versammlungen zu Ende, so waren wir wieder gute Freunde. Denn man war davon überzeugt, daß jeder das Beste gemeint hatte. Das ist leider anders geworden. Wer jetzt in den Versammlungen das große Wort führt, dem liegt meistens nicht das Wohl und Beste der Gewerkschaft am Herzen, sondern es geht ihm um die Herzhaftigkeit seiner politischen Partei. Damit muß endlich Schluss gemacht werden. Wir haben in den Gewerkschaften den wirtschaftlichen Kampf zu führen, der politische Kampf gehört in die politische Partei. Solange Haber, Janz und Schimpfer nicht aus den Gewerkschaftsversammlungen herausbleiben, wird der alte Geist bei uns nicht wieder einkehren. 25 Jahre haben wir am Aufbau der Organisation gearbeitet; schwere Opfer haben manche unserer Kollegen bringen müssen. Wandaer mußte für seine Lebensgenussung ins Gefängnis wandern.

Kollegen! Wollt ihr dulden, daß die Organisationsarbeit von Leuten zusammengewürfen wird, die am Aufbau nie mitgearbeitet haben? Nein, und nochmals nein, das büßt ihr nicht dulden. Wir haben eine starke und gut geführte Organisation nötig, wenn wir nicht umsonst viel Mühe und Geld verschwenden wollen. Wenn jeder seine Pflichten erfüllt, alles tut, was uns zusammenführt, dann haben wir die 25 Jahre nicht umsonst gestämpft. Ein Teil der Kollegen, die damals die Zehnstelle des Bauhilfsarbeiterverbandes mitgegründet haben, bebt der grüne Mafen. Unter uns weisen von den Gründern, außer dem Unterzeichneten, noch die Kollegen Jos. Vossen, Peter Wader, Jos. Düster und Karl Pelzer, alle in Köln.

Christian Fröhlich, Köln.

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Sietlin. Seit Jahren sind unsere Mitglieder daran gewöhnt, daß Lohn- und Arbeitsbedingungen bezüglich der durch Reichstaxi geregelt wurden. Es war so schon bequeme, die Mitteilung in Empfang zu nehmen, daß für den Lohn an einem bestimmten Zeitpunkt um soviel viel erhöhte, und dazu konnte man der Verhandlungskommission noch gehörig den Markt zu lassen, wenn die Lohnverhältnisse etwa gehegten Erwartungen nicht entsprachen. Dies Verhältnis hat sich jetzt geändert. Denn nach Ablauf des Reichstaxi-Vertrages ist augenfällig auch des Reichstaxi-Vertrages die Unternehmer eine gesetzliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ab und wollen auch sonst wieder Zuzugeländnisse machen. Die Baugeschäft sind immer mehr auf sich selbst angewiesen, indem sie ertlich mit ihren Unternehmern Fühlung nehmen müssen. Unsere Vereinen aus der Vorkriegszeit ist das nicht Neues; sie haben sich darin leicht wieder zurecht; anders die nach der Revolution entstandenen Vereinen. Manche ihrer Mitglieder betrachten den Bund als überflüssig, wenn er ihnen nicht mindestens alle Monate eine Lohnerhöhung bringt. Die Kollegen sind gewerkschaftlich noch

nicht genügend geschult, um zu verstehen, daß wir dem gesteckten Ziele nur schrittweise in zähen Kämpfen näherkommen können.

Aus den Baugewerkschaften.

Erfurt. (Gegen Versammlungstörren Friede.) Die Einzelhändler der Kostgänger Moskauer hat einigen hiesigen Bauarbeitern derartig die Köpfe verrotzt, daß sie sich als Unternehmerrückgrat mißbrauchen ließen, indem sie gewohnheitsmäßig und mit Vorzug unsere Versammlungen lösteten.

Art. Infolge der schlechten Arbeitsgelegenheit ist die Mitgliederzahl in diesem Halbjahr von 4214 auf 2728 Mitglieder zurückgegangen. Unsere Baugewerkschaft zählte am Schluß des Halbjahres 1100 Maurer, 17 Bau-Werkmänner, 65 Zement-... 1947,82 M., als Ausgaben 18 216,54 M., somit einen Kassensaldo von 6101,28 M.

15 hiesige Maurer stellen ein Vereinglattes Stimmunabstimmungs-Komitee (Kauf), Straßendirektion-Gebäude.

Der Versuch, die Löhne nach den Lebensunterhaltungskosten zu regulieren, führt zu nichts. Die Kosten des Lebensunterhalts stellen nur ein Resultat dar, und wir können nicht erwarten, ein Resultat konstant zu erhalten, wenn wir die Faktoren, von denen es abhängt, ist, ständig verändern.

Aus den Fachgruppen.

Gipsler und Stukkateure.

Zariferverbindungen für Thüringen und Erfurt. Am 20. September wurde in Weimar für das Stukkateuren- und Putzergewerbe im Freistaat Thüringen und im Regierungsbezirk Erfurt über die tarifliche Regelung der Lohnbedingungen verhandelt.

Lohnverhandlungen im reichsweitverfälschten Industriegebiet führten am 22. September in Essen zu folgenden Abkommen: Die Löhne im reichsweitverfälschten Industriegebiet betragen ab 18. September für Stukkateure 92 A, für Putzer 78 A; ab 2. Oktober für Putzer 80 A; ab 16. Oktober für Stukkateure 95 A. Die Tarifpreise werden auf Grund des letzten Preisstandes von 1913 auf den heutigen Lohn umgerechnet, wobei der Kommission das Recht eingeräumt ist, Erweiterungsmaßnahmen zu machen.

Mannheim. Am 15. September nahm eine gut besuchte Gipsler- und Stukkateurenversammlung den Bericht vom Verbandstag und vom Bundesrat entgegen. Beide Tagungen haben gute Arbeit zum Wohle der gesamten Bauarbeiterchaft vollbracht.

Meinungen. Am 26. September haben unsere Kollegen in ihrer Versammlung einstimmig beschlossen, eine Fachgruppe zu errichten. Kollege Karl hatte über die Beschlässe des Bundesrates in dieser Sache berichtet, und die Aussprache ergab als einstimmige Auffassung der zahlreich anwesenden Kollegen, daß berufliche Fragen am besten in einer Fachgruppe behandelt werden können.

Meinungen. Am 26. September haben unsere Kollegen in ihrer Versammlung einstimmig beschlossen, eine Fachgruppe zu errichten. Kollege Karl hatte über die Beschlässe des Bundesrates in dieser Sache berichtet, und die Aussprache ergab als einstimmige Auffassung der zahlreich anwesenden Kollegen, daß berufliche Fragen am besten in einer Fachgruppe behandelt werden können.

leitung und dem Geschäftsführer wurde die Vorbereitung der Lohnfrage übertragen. In Weimar streiten die Gipsler. Unsere hiesigen Kollegen werden ihnen in ihrem Kampfe durch Unterstützung Hilfe leisten.

Erfurt. Am 15. März dieses Jahres trafen wir mit dem Baugewerksverband ein Abkommen, wonach der Lohn für Stukkateure und Steinbauer 15% über Maurerlöhne betragen sollte. Am 28. April lehnten unsere Kollegen diese Art der Lohnberechnung ab. Der Lohn wurde auf 70 A festgesetzt, während die Maurer 60 A erhielten.

Glasler.

Im den gewerblichen Nachwuchs im Glasergewerbe.

In Nummer 86 der Deutschen Glaszeitung 'St. Lucas' vom 31. August dieses Jahres veröffentlicht der Obermeister der Berliner Glasergewerkschaft einen Artikel 'Bildet Lehrlinge aus!', worin dargelegt wird, daß sich im Glasergewerbe der Mangel des Nachwuchses unangenehm bemerkbar mache; denn schon seit langer Zeit gebe es auf dem Berliner Arbeitsnachweis nicht einen arbeitsfähigen Gesellen.

Berlin. Durch Verhandlungen der dreierseitigen Tarifkommissionen wurde der Stundenlohn von 1. bis zum 31. Oktober dieses Jahres auf 1,10 M. festgesetzt. Zugewonnen werden 10% weniger. Die Kündigungssperrfrist beträgt 8 Tage.

Mannheim. Am 28. September berichtete Kollege C e i p n i h in einer Bezirksversammlung über unsere Bundestagungen. Die Versammlung stimmte ihnen Ausführungen zu. Leider waren aus Auerbach nur 5 Kollegen und Reichendach trotz rechtzeitiger Einladung gar nicht erschienen.

Kommission wieder eingesetzt werden. In einer Entschliessung wurde zu einem besonderen Beitrag der Fachgruppe für Agitation zweideutige Stellung genommen. Ausserdem wurde verlangt, dass ein Reichsmanteltarif geschaffen wurde.

Jollerer.

Erfolgreicher Streik. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hatten die Jollerer am 15. September fast restlos die Arbeit eingestellt, weil mit dem dortigen Bezirksverband des Reichsbundes kein Übereinkommen in der Festlegung der Bestimmungen über die Entschädigung bei Arbeiten in der Nacht und Mittelnacht zu erreichen war. Trotzdem alles aufgegeben worden war, die ArbeitsEinstellung zu vermeiden, trafen die Unternehmer es doch darauf ankommen, sich dem Streik zu ergeben. Die Organisation sei geprengt und die Arbeiter fürchten, eine Niederlage zu erleiden. Sie mussten jedoch zu ihrem Schicksal erfahren, dass sie sich gestimmt hatten. Die ArbeitsEinstellung übertraf alle Erwartungen. So kam es dann, dass schon nach 2 bis 3 Tagen so viel Unterschriften unter den Forderungen der Arbeiterschaft kamen, dass fast die Hälfte der Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeitete. Die Unternehmer wandten sich darauf an das Reichsarbeitsministerium, das dann den Schlichter, unter dessen Vorsitz der Reichsarbeiter Jollerer in Berlin abgeschlossen worden war, Herrn Bauer, nach Dortmund beorderte, um an Ort und Stelle die Schlichtung der Differenzen zu versuchen. Nach langen Bemühungen kam es am 25. September zu folgendem Schiedsspruch: 1. Vom 14. August an gilt bei auswärtigen Arbeiten: a) Stadtgebiet bis 3 km.: Vergütung des täglichen Fahrgeldes. b) Bei einer Entfernung von über 3 bis 10 km.: Tägliche Aufwandsentschädigung in Höhe des zweifachen Stundenlohnes. c) Bei einer Entfernung von über 10 bis 25 km.: Tägliche Aufwandsentschädigung in Höhe des dreifachen Stundenlohnes. d) Bei einer Entfernung von über 25 bis 30 km.: Tägliche Aufwandsentschädigung in Höhe des vierfachen Stundenlohnes. e) Bei einer Entfernung von über 30 km.: Täglich 4 Mk. 2. Die Arbeit ist möglichst sofort wieder aufzunehmen. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt. Das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik als nicht unterbrochen. — Den Parteien war eine Erklärungsschrift von 20 Minuten gemächt worden. Nach deren Ablauf stimmten sie dem Spruche zu. Die Arbeiten wurden stellenweise schon am 28. September wieder aufgenommen. Unsere Jollerer werden aus dem Kampfe auf alle Fälle die Lehre ziehen müssen, dass es gefehlt ist, wenn sie sich der Organisation gegenüber gleichgültig verhalten. Gätten unsere Kollegen die Unternehmer nicht selber in den Glauben versetzt, die Organisation sei nicht mehr schlagkräftig, dann würden jene Herren nicht so hartnäckig auf ihren Verfestigungsvorhaben bestanden haben.

Steinseher.

Würgburg. Als es im Frühjahr hieß, sich mit den Steinarbeitern oder mit dem Bauergewerksbunde zu verschmelzen, beschloß diese Berufsgruppe den kürzeren Weg. Sie schloß sich als Ganzes uns an. Sie ist eine der rührigsten Fachgruppen unserer Bauergewerkschaft. Das hat seine günstige Wirkung, auf die Lohnbildung nicht verfehlt. Beitrag ihr Stundenlohn nach der Zinsfuktion nur 56 $\frac{1}{2}$, so erreichten die Kollegen im Mai ohne Kampf bereits 66 $\frac{1}{2}$, Anfang Juli 78 $\frac{1}{2}$ und Ende Juli nach einem zweitägigen Kampfe 85 $\frac{1}{2}$. Gegenwärtig stehen wir wieder in einer Lohnbewegung, die voraussichtlich mit einem Lohnabkommen von 90 $\frac{1}{2}$ die Stunde abschließen wird. In der Umgebung wird noch einige Unorganisierte, die nur sehr selten in der Stadt arbeiten. Auch diese Kollegen müssen bei nächster Gelegenheit für unsern Bund gewonnen werden.

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Der Reichsrahmenvertrag gescheitert. Die Verhandlungen wegen eines Reichsrahmenvertrages im Dörfnergerwerbe sind gescheitert. Die Unternehmer haben abgelehnt und beschloßen, die Provinzen Mecklenburg, Ostpreußen und Schlesien von dem Vertrage auszulassen. Dann ist auch die zentrale Regelung der Berufseingangsentschädigung, die 2% vom Lohn betragen sollte, abgelehnt worden. Bereits auf unsern Verbandstag wurde der geplante Vertrag abfällig kritisiert und der Kommission aufgegeben, einige kleine Verbesserungen, unter anderem eine präzisere Fassung über die Bestimmungen der Arbeitszeit, zu beantragen. Das ist geschehen. Nachdem nunmehr die Abkündigung bei den Unternehmern das oben genannte Resultat ergeben hat, ist ein solcher Vertrag für die Dörfner unannehmbar. Um einen Anfang zur Regelung der verschiedensten Dinge für das ganze Reich zu machen, hatten wir unsere schon seit Jahren aufgestellte Forderung wegen gemeinsamer Regelung der Lehrlingsentschädigung stellen lassen. Wenn nunmehr die in dem Entwurf vorgesehenen Fragen dröcklich oder bestreift werden, dann wird das die Arbeit der Kollegen vermehren, vor der sie nicht zurückweichen werden, und wenn es hier und dort zu Zusammenstößen mit den Unternehmern kommt, so haben sich diese die Folgen selbst zuzuschreiben. Die auf dem Verbandstag der Dörfnermeister ins Leben gerufene „Technische Hilfskräfte bei Streiks“ gegenüber den unerfüllbaren Forderungen der „Gesellen“ ist wohl bei der Abstimmung in den drei oben genannten Provinzen ausfallgebend gewesen; die Herren bauen wahrscheinlich auf die Hilfe dieser neuesten Schöpfung. Die Auswirkung dieses Beschlusses wird sich bald zeigen.

Lohnbewegungen. Als Streikbrecher betätigten sich beim Streik in der Tomarenfabrik Bieltzig in Velsau die Hilfsarbeiter Heinrich Helfers, Heinrich Seedorf und Karl Partjen, ferner die Töpfer Willi Kahle und Friedrich Giesmann. Letzterer Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes. Diesen treulosen Brüdern haben es unsere Kollegen zu danken, dass der Streik verloren ging. — In Breslau sind die Kollegen in den Streik getreten. Eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss ergab so minimale Lohnrückstellungen, dass unsere Kollegen das Ergebnis ablehnen mußten. Der Stundenlohn beträgt zurzeit 66 $\frac{1}{2}$ und sollte auf 70 $\frac{1}{2}$, die Affordörste um 3% erhöht werden. In der Hauptstadt herrscht die Affordörste vor, daher ist diese Erhöhung bei dem Stand der niedrigen Affordörste geradezu lächerlich zu nennen. Die Löhne der Hilfsarbeiter sollten um 1 bis 2 $\frac{1}{2}$ erhöht und dieses „Entgeltabkommen“ bis zum 28. Februar 1925 festgelegt werden. Unter solchen Umständen

blieb nichts übrig, als die Arbeit niedrigerzulegen. — In Obereschlesien ist der Streik der Dörfner mit Erfolg beendet. Das Resultat ist eine fünfzigprozentige Erhöhung der Affordörste mit Ausnahme der transportablen Küchen- und Stubendörfner. — Die Dörfner in Hannover erhalten vom 15. September bis 15. Oktober einen Stundenlohn von 90 $\frac{1}{2}$. — In Baden wird der Kampf in verschärfter Form weiter geführt. Bekanntlich sind die Dörfner in Mosbach, Heidelberg und Lage wegen des Streiks in Dörfner ausgespart. Einige nicht ausgesparte haben die Arbeit niedergelegt, beslegten werden die in den Dörfnerfabriken arbeitenden Dörfner die Arbeit einstellen. Leider haben sich bei der Firma Hermann einige Streikbrecher gefunden, deren Namen wir später bekanntgeben werden. Wir warnen alle Dörfner und -seher, sich von der Firma Dörfnerfabrik Freige als gestützt zu fühlen.

Für die Woche vom 5. bis 11. Oktober ist der 41. Bundesbeitrag für 1924 zu zahlen.

in Neuburg bei Straßburg i. G. anwerben zu lassen. Freige stellt anheim, mit badischen Fabrikanten in Verbindung, die Firma Loew in Dörf hat bereits 4 junge Dörfner nach Straßburg vermittelt. Es dürfte somit feststehen, daß der Fabrikant in Dörf mit dem Dörfnerfabrikanten Freige in geschäftlicher Verbindung steht, und daher gilt die Dörfnerfabrik Freige als gestützt.

- * Tägliche Dörfner in gute und dauernde Stellung für Bezug sofort gesucht. Kienbocker Dörfnerstr. 1, Kienbocker 1, Dörfstr. 44 bis 5 Dörfner gesucht. Stelle wird vergütet. Kragelosenbau, Klein a. M., Dörfstr. 10.
- Rechtsanwältin sowie einen Einleger für Laufzettel stellt bald ein Paul Gabel, Kirchberger Schanottefabrik, Kirchberg i. S., Dörfstr. 10.
- Tägliche Dörfner für Dauerstellung bei hohem Lohn gesucht. Kaiser & Roth, Radolof: Spezialgeschäft, Warburg a. d. Saale.
- Dörfner stellt ein Franz Gödel, Dörfstr. 11, Kirchberg in S., Dörfstr. 44.
- Dörfner gesucht. Arbeitsnachweis W. H. Sagemann, Braunschweig, Mühlbergstr. 40.
- Mehrere tägliche Dörfner für transportable Dörf auf sofort gesucht. Eingehende Arbeit und guter Verdienst. Heinrich Dörf, Klein i. S., Dörfstr. 11.
- Tägliche Dörfner stellt bei hohem Lohn und freier Station sofort ein Aug. Wehner, Zöpfermstr., Spiegelberg-Neustadt a. d. D.
- Beste Dörfner sucht in angenehme Dauerstellung Hans Zander, Hainburg a. d. Saale.
- Tägliche Dörfner für dauernde Stellung sofort gesucht. Carl Rommel, Das Salzungen i. Thüringen.
- Tägliche Dörfner auf Bezug stellt sofort ein Wilhelm Schmidt, Zöpfermstr., Stabenhagen i. Mecklenburg.
- Tägliche Dörfner für dauernde Arbeit bei Gehl Wehrendt, Kragelosenbau, Klein i. S., Dörfstr. 11.
- Formen für Fassonieren werden eingestellt. Volzburger Plattenfabrik, H.-G., Volzburger a. d. Elbe.
- Einen tüchtigen, selbstständigen Dörfner stellt sofort ein, Roth und Zöge frei, Winterarbeit zugesichert. Emil Wardenleben, Dörfstr. 10.
- Ein tüchtiger Dörfner sofort gesucht. Robert Schatz, Zöpfermstr., Neustadt i. Mecklenburg, Telephon Nr. 44.
- Unverheirateter Dörfner und zugleich Hilfsarbeiter gesucht. Paul Frische, Zöpfermstr., Norden i. Dörfstr.

Vom Bau.

Berlin. In der Fachgruppenversammlung der Statistateure vom 16. September wurde berichtet, daß die Ursache des Unfalles, der dem Kollegen Fleischmann das Leben kostete, in der Nummer 37 des „Grundstein“ nicht richtig wiedergegeben ist. Es habe weder ein Timer auf der Bohle gestanden, die als Gerüstdiene diente, noch sei Kollege Fleischmann einem Schwindelfall zum Opfer gefallen. Sondern der Unfall wurde dadurch hervorgerufen, daß die Leiter ins Wanken kam, auf der das Gerüstdiene ruhte.

Allgemeine Rundschau.

Nachtrag zum Bericht vom Verbandstag. In der Berichterstattung ist übersehen worden, daß auch die allbewährten Kassenerverwalter unserer Bundeshauptkassen, die Kollegen Hermann Kober und Wilhelm Brandmohr, in der gleichen Einmütigkeit wiedergewählt worden sind, wie die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder vor sich gegangen ist. Das gleiche ist bei den Neuwahlen der Bundeshauptkassen, den Kollegen Hermann Marks, Bernhard Feigig und Bernhard Schulze, der Fall. Das Verlaunte sei deshalb hiermit nachgeholt.

„Eine Arbeiter-Zerlegungsgesellschaft.“ Auf der letzten Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Hamburg wurde ein Unternehmen freudig begrüßt, das auch bei den Angehörigen anderer Berufe lebhaftes Interesse erregen dürfte. Der Bildungsverband der Buchdrucker — das sind die der Fortbildung dienenden Vereinigungen innerhalb der Gewerkschaft — hat auf seiner letzten Tagung im August die Gründung der „Büchergilde Gutenberg“ beschlossen, ein typographisch musterfähiger Bücherherausgeber. Wegen ein Eintrittsgeld und einen monatlichen Beitrag von 75 $\frac{1}{2}$ werden jährlich in der Regel vier Werke herausgegeben oder populär-wissenschaftlicher Art in besser Ausstattung geliefert. Mehrere und zeitgenössische Autoren kommen zu Wort. Ein Teil der Bücher wird von Künstlern illustriert. Namhafte Mitarbeiter, in der Arbeiterschaft schon bestens bekannt, haben ihre Mitwirkung zugesagt. Geschäftliche Gewinne werden nicht gemacht. Die „Büchergilde Gutenberg“ beginnt am 1. Oktober ihre Wirklichkeit. Jedermann kann Mitglied werden. Satzungen verschieft kostenlos und Beitrittsanmeldungen nimmt entgegen der Bildungsverband Deutscher Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8.

Bücher und Schriften.

Die Organisationen der Unternehmern. Von Dr. Otto Suhr, Arbeitersekretär i. Cassel. Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin. Auslieferung für die Mitglieder der Arbeiterorganisationen durch die Verlagsbuchhandlung des Reichsbundes, Seemannsstraße 24, zum Organisationspreis von 70 $\frac{1}{2}$. Die Schrift gibt in aller Kürze einen Überblick über die Unternehmernorganisationen des Landes, der Länderverträge, des Bundesrechts und der Bundesrechte. Der Text ist dem aus geschäftlichen Gründen gegeben werden, wird nützlich durch Tabellen und graphische Darstellungen unterstützt.

Abrechnung des Deutschen Baugewerksbundes über das 2. Quartal 1924.

Einnahmen.	
Für Beiträge	1 368 517,80 Mk.
Mitgliedsbeiträge	9 090,33
Erfolgsbeiträge	217,65
Kalender	3 808,52
Zinsen	8 869,81
sonstige Einnahmen	47 612,94
Summa	1 437 557,05 Mk.

Ausgaben.	
Für das Bundesorgan	55 088,07 Mk.
die Gewerkschaftszentrale	1 661,45
Agitation inkl. Zuschuß an die Bezirksstellen	60 887,15
Flugblätter	1 667,—
Streits und Sperren	711 998,70
Verhandlungen	1 142,08
Unterstützung an Juristen	16 026,19
in Strafverfahren	40 219,35
an Reichsgerichtsverfahren	4 809,27
an Genarbeitsgerichte	69,80
Gewaltsauschüß an die Vereinsangehörigen	2 763,90
Konferenzen	5 288,40
Unterstützung	1 698,57
Beitrag an die Bauarbeiter-Internationale	3 186,70
Zinsen	1 000,—
Bücherei und Schriften	1 437,83
sonstige Verwaltungskosten:	
a) Buchhüllen	3 928,05
b) sonstige Druckkosten	1 221,—
c) Beitragsdruck	1 985,60
d) Buchbindarbeiten	81,—
e) Stempel	57,60
f) Bureauarbeits, Reinigung und Licht	4 756,95
g) Bureaubedarf, Zeitungsbomben	656,56
h) Porto, Telegramme, Straßporto usw.	2 921,95
i) Fernsprechkosten	169,98

Für persönliche Verwaltungskosten:	
a) Gehalt der Vorstandsmitglieder	14 050,60
b) Gehalt der Bundessekretäre	15 600,60
c) Neuzinsen der Bundeskasse	35,80
d) Bundesauschüß	800,—
e) Versicherung der Angestellten	17 584,24
Verluste in den Baugewerkschaften	4 694,79
Anteil der Vereine an alten Beiträgen	29 263,—
Summa	1 006 251,18 Mk.

* Zurückgeschickte Gelder in Wegzug gebracht.

Bilanz.

Einnahme	1 437 557,05 Mk.
Ausgabe	1 006 251,18
Mehrereinnahme	431 305,92 Mk.

Hamburg, 28. September 1924.
Herrn Kober, Kassierer.
Vorstandender Rechnungsbuchschluß ist von uns revidiert und mit den Kassenschriften und Belegen übereinstimmend befunden. Das Bundesvermögen ist uns nachgewiesen beziehungsweise vorgelegt worden. Die Neuwahlen:
H. Marks, B. Schulze, B. Feigig.

Bekanntmachung des Bundesauschusses.

Der erste Bundesstag des Baugewerksbundes, der in der ersten Septemberwoche in Hamburg tagte, hat Berlin wiederum zum Vorort des Bundesauschusses bestimmt und zugleich den Ausschüß neu gewählt. Der Bundesauschüß hat sich konstituiert und setzt sich folgendermaßen zusammen: Otto Hanke, Vorsitzender; August Vogel, Stellvertreter; Franz Köpfer, Schriftführer; Marcus Kracht, Otto Krüger, Karl Neues, German Meyer, Heinrich Mitsche, Franz Duabe, Wilhelm Schulz und Wilhelm Wernau, Beisitzer. Alle Beschwerden und sonstigen Sendungen sind an den Vorsitzenden Otto Hanke, Berlin-Grünwald, Eichkamp 5 Waldweg, zu richten.
Der Bundesauschüß:
O. A. Otto Hanke, Vorsitzender.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes.

Ausgeschieden sind auf Grund § 16 der Bundesfassung von der Baugewerkschaft Neumünster: Max Wittmann, Mauer, geb. am 25. 5. 92 zu Wolmirsdorf (Bud.-Str. 1 515 247) und Hugo Mohr, Mauer, geb. am 30. 3. 1900 zu Strömwehden (780 296); von der Baugewerkschaft Dörf: Ernst Göttsch, Mauer, geb. am 10. 2. 02 zu Dörfmünsterdorf (1 065 519), Joh. Böner, Mauer, geb. am 9. 4. 02 zu Wrandau i. Böfmen (600 359), Othwald Hege, Mauer, geb. am 29. 3. 74 zu Hübenua (596 094), Franz Löffig, Mauer, geb. am 14. 8. 88 zu Pösch i. Böfmen (572 898), Max Dietrich, Hilfsarbeiter, geb. 17. 5. 97 zu Hübenua (964 881), Max Feinich, Hilfsarbeiter, geb. am 27. 3. 1900 zu Dörfthal (1 448 135), Paul Zöhl, Hilfsarbeiter, geb. am 10. 11. 95 zu Oberneudörfen (493 682), Paul Meude, geb. am 10. 9. 02 zu Frauenbad (709 617), Bruno Schneider, geb. am 3. 3. 78 zu Dörfenau (514 399), Hartmann Feinicher, geb. am 16. 10. 1900 zu Dörfenau (487 544), Ernst Schramm, geb. am 25. 10. 03 zu Dörfenau (703 657), Georg Schöndert, geb. am 13. 8. 05 zu Dörfenau (703 839), Wlffl Wöhl, geb. am 17. 6. 95 zu Dörfenau (554 088), Gertraud Wehr, geb. am 4. 11. 99 zu Wörfenau (703 857), Otto Wöhlner, geb. am 11. 2. 04 zu Grünthal in Böfmen (709 636) und Wlffl Wöhlner, geb. am 18. 12. 88 zu Wörfenau (709 421).

Anforderung. Der Hilfsarbeiter Franz Lindemann, geb. 3. 3. 89 (Bud.-Str. 1 296 287) wird aufgeführt, seine Verpflichtung der Baugewerkschaft Dörf zu ergreifen und zu erfüllen. Der etwaige Unentsatz ist dem Kollegen Heinrich Wehrendt, Dörfstr. 29, mitzuteilen.
Der Bundesvorstand.

Dörfner H. H. Schmidt, Alois Wolf aus Westhof i. Dörfstr. und H. H. Schmidt aus Dörfstr. 29. (H. H. Schmidt) sendet Ihre Dörfner an Robert Knop, Sagen i. W., Dörfstr. 29.